

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Einzige Tageszeitung
deutscher Sprache in Ostasien

德華日報
Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.
紙之立掛特郵中
報券號准政華

Motto:
Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

3. Jahrgang

Tientsin, Freitag, den 12. August 1932.

Nummer 570

Börse zurückhaltend.

Berlin, 10. August (T. O. A.) Die Börse blieb weiter zurückhaltend und lustlos. Die Anfangsnotierungen lagen bis zu einem Punkt unter den Schlussnotierungen vom Dienstag. Im Laufe der Sitzung wurde die Haltung weiter schwach, bis eine der führenden Banken gegen Schluss sich mit beträchtlichen Kaufaufträgen ins Mittel legte. Das hatte eine leichte Erholung zur Folge, welche aber die Verluste des Tages nicht wettmachte. Tägliches Geld unverändert.

Hindenburg in Berlin. — Er will die Lage entscheiden.

Berlin, 10. August (T.O.A.) Die Frage ob Hitler die Nachfolge von Papen in der Reichskanzlerschaft antreten wird oder nicht, beschäftigt gegenwärtig alle Gemüter in Deutschland und wird öffentlich und in der Presse erörtert.

Die endgültige Entscheidung scheint nun bevorzustehen. Der Reichspräsident v. Hindenburg ist am Mittwoch nach Berlin gekommen, um an der offiziellen Feier der Reichsregierung anlässlich des Verfassungstages teilzunehmen. Entgegen früher ausgesprochenen Vermutungen wird er jedoch nicht am Freitag wieder nach Neudeck fahren, sondern wird in Berlin bleiben, bis die Verhandlungen zwischen v. Papen und dem rechten Flügel wie auch dem Zentrum über die Umbildung des Kabinetts entschieden sind.

Die Verhandlungen werden am Dienstag begonnen werden. Der Reichskanzler wird mit den Führern des Zentrums sprechen. Die Tatsache, dass er sich entschlossen hat, zuerst die Lage mit der Zentrumsparlei zu besprechen, bevor er mit Hitler in unmittelbare Verbindung tritt, wird viel besprochen. Die „Vossische Zeitung“ vermutet, dass der Kanzler sich ein Bild machen will von der Haltung der Zentrumsparlei gegenüber der eventuellen Hereinnahme einiger Nationalsozialisten ins Kabinett, da sogar mit der Unterstützung der 270 rechten Abgeordneten im Reichstag die Regierung für eine parlamentarische Mehrheit immer noch mit einer aktiven oder schweigenden Zustimmung des Zentrums rechnen muss.

Es besteht kein Zweifel mehr darüber, dass die Nationalsozialisten entschlossen sind, die Kanzlerschaft für Hitler zu verlangen. Auch nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und anderen Zeitungen ist die Möglichkeit, dass der Führer der Nationalsozialisten an die Stelle v. Papens im Kabinett tritt, nicht völlig von der Hand zu weisen, obgleich die letzte Entscheidung beim Reichspräsidenten liegt, dessen Standpunkt in dieser Angelegenheit noch nicht bekannt ist.

Alle führenden Zeitungen veröffentlichen die unlaufenden Gerüchte, nach denen ein Abkommen zwischen Hitler und v. Papen auf der Basis vorausgesehen wird, dass Hitler Ersterminister wird und das Innenministerium wie auch das Verkehrsministerium den Nationalsozialisten Gregor Strasser und Hauptmann Göhring gegeben werden, welche für diese Posten insbesondere namhaft genannt werden. In diesem Falle würde v. Papen voraussichtlich das Auswärtige Amt erhalten und die anderen Ministerien würden in der Hand der jetzigen Inhaber bleiben. Der jetzige Außenminister Frhr. v. Neurath würde dann als Botschafter wieder nach London gehen. Es wird aber viel betont, dass auch unter Teilnahme der Nationalsozialisten die Regierung wesentlich ein Präsidialkabinett sein würde und keinem Diktat irgendeiner Partei untersteht. Diese Gerüchte sind zweifellos lediglich Vermutungen, welche aber zeigen, in welcher Richtung die Gedanken gehen.

Jedenfalls wird die Tatsache nicht in Abrede gestellt, dass die nationalsozialistische Forderung der Kanzlerschaft Hitlers eine neue Lage geschaffen hat, welche in den nächsten Tagen zu recht weitreichenden Entwicklungen Anlass geben kann.

Die Herrschaft des Terrors in verschiedenen Teilen Deutschlands zeigt trotz der drakonischen Strafen, welche von der neuen Notverordnung angedroht werden, noch keine Milderung. Man denkt jedoch, dass die Notverordnung sich bald in dieser Beziehung bemerkbar machen wird.

Bertram und Klausmann kommen nicht nach China.

Berlin, den 10. August (T. O. A.) Nach Meldungen aus Sörabaya in Niederländisch-Ostindien haben die Flieger Bertram und Klausmann ihre Absicht nach China weiterzuführen aus Mangel an Mitteln aufgeben müssen und werden bald mit Dampfer nach Deutschland zurückkehren.

Wichtige Kabinetts-Sitzung in Deutschland.

Berlin, den 11. August (Havas) Gestern fand eine wichtige Kabinetts-Sitzung statt, welche sich mit der politischen Lage beschäftigte, die durch die Forderung der Nazis nach der Kanzlerschaft geschaffen ist. Vorher hatte der Kanzler eine lange Unterredung mit dem Reichspräsidenten. Die Besprechung des Kabinetts dauerte bis in die späten Abendstunden. Man hörte nachher, dass die Bildung eines Kabinetts Hitler weniger in Frage komme als die Umbildung des Papen-Kabinetts durch Hineinnahme einiger Nationalsozialisten. Damit wäre die Lage wesentlich verändert. Dann würde v. Papen an der Leitung bleiben und das „Schwerzentrum“ werden. Die Möglichkeit einer Hitler-Regierung wurde vom Kabinett abgelehnt. Bisher aber hat General v. Schleicher noch seine Ansicht nicht geäußert.

Gestern abend hat der Kanzler schon mit den Verhandlungen begonnen. Er hat zunächst mit Hugenberg gesprochen und will heute Mitglieder des Zentrums empfangen. Am Freitag wird wahrscheinlich Hitler bei ihm sein, und am gleichen Tage wird er wieder zum Reichspräsidenten gehen.

In der Umgebung des Kanzlers stellt man sich die Ereignisse folgendermassen vor: Am Freitag wird der Kanzler Hitler davon in Kenntnis setzen, dass das Kabinett beschlossen habe, einige Änderungen vorzunehmen, wird aber gleichzeitig darauf Gewicht legen, dass nach dem Wunsche Hindenburgs die Regierung entsprechend dem Wahlergebnisse ein „Präsidialkabinett“ sein solle. Dann wird er Hitler bitten die Nazi-Minister namhaft zu machen. Wenn Hitler darauf nicht eingehen will, würde sich die Regierung an die Deutschnationalen und das Zentrum mit der Bitte wenden, sich über die Zusammensetzung eines parlamentarischen Papen-Kabinetts zu einigen. Sollte das nicht zum Ziele führen, wird sich die Regierung in ihrer jetzigen Form dem Reichstage vorstellen und die parlamentarische Billigung nachsuchen. Wenn auch dieser Versuch erfolglos bleibt, wird die Regierung v. Papen als „Präsidialkabinett“ weiterbestehen, wobei es allerdings möglich sein wird, dass General v. Schleicher die Reichskanzlerschaft übernimmt.

Die Nationalsozialisten bleiben in ihrem Verlangen fest. Sie verkünden: entweder Hitler Reichskanzler oder schonungsloser Kampf gegen die Regierung.

Gegenrevolution in Spanien.

Madrid, 10. August (T. O. A.) Obgleich die Regierung die Lage in der Hauptstadt anscheinend völlig beherrscht, wird doch offiziell jetzt zugegeben, dass die gegenrevolutionäre Bewegung auch auf andere Teile des Landes übergreifen hat. Die Führung des Aufstandes hat General San Jurjo. Der Aufstand brach in Sevilla aus, wo die gesamte Garnison und die Polizei meutert. In Jerez da la Frontera hat sich die Polizei für San Jurjo erklärt. Die Regierung in Madrid trifft ausserordentliche Massnahmen gegen die Ausbreitung von weiteren Unruhen. Es hat sich jetzt herausgestellt, dass der von einigen aktiven und verabschiedeten Offizieren ins Werk gesetzte Handstreich auch von einigen Dutzend von Soldaten unterstützt wird, die zu den Kavallerieregimentern in und in der Nähe von Madrid gehören. Die meisten Aufständigen kamen am Mittwoch früh in Kraftwagen nach der Hauptstadt. In der Garnison Alcala de Henares, wo der Brennpunkt des Aufstandes zu sein scheint, machte sich das Kavallerieregiment am Mittwoch früh bereit, nach Madrid zu marschieren. Nach einem kurzen Marsche jedoch wurde aus unbekanntem Gründen beschlossen, in die Kasernen zurückkehren.

Bei dem Feuergefecht am Mittwoch wurden fünf Personen getötet und eine Anzahl schwer verwundet. Mehr als 150 Personen wurden in Haft genommen. Zu ihnen gehören viele wohlbekannte Männer des alten Regimes.

In Madrid und sonst in Spanien steht die Bevölkerung ausgesprochen gegen die Aufständigen. In den Strassen der Hauptstadt veranstalteten grosse Menschenmengen im Laufe des Tages Kundgebungen für die Republik. Alle republikanisch-politischen Verbände beschlossen, sich mit der sozialistischen Partei zum Widerstand gegen den Erhebungsversuch zusammenzuschliessen. Der Verband der sozialistischen Gewerkschaften erliess einen Aufruf, worin er die Arbeiterklassen zur Ruhe mahnte.

Rumänisches Kabinett zurückgetreten.

Bukarest, 10. August (T.O.A.) Das Kabinett Vaida Voivod handigte am Mittwoch seinen Gesamtrücktritt ein. Der König beauftragte Voivod mit der Bildung einer neuen Regierung. Dieser überreichte Mittwoch Abend dem Könige die Liste der neuen Minister.

Gegenrevolution in Madrid niedergeschlagen.

Madrid, den 11. August (Havas) Die versuchte Erhebung zu Gunsten von Alfons XIII. endete mit Misserfolg. Das Kabinett gab gestern folgenden Erlass: „Die monarchistische Erhebung ist in Madrid schnell und sicher unterdrückt worden. Ein gewisser Widerstand zeigt sich noch in Sevilla, wo die monarchistische Bewegung völlig isoliert ist. Der Aufstandsversuch in Jerez ist ohne Anwendung von Gewalt erstickt worden. Das Kabinett billigt die von General Quiroga ergriffenen Massnahmen.“

Auf der kommenden Tagung der Cortes wird Herr Azaha die Ereignisse offiziell schildern.

General San Jurgo, der Führer der Aufständigen, hat sich gestern zum Generalgouverneur der Provinzen Bevilla und Jerez ernannt.

Das Gesuch Marschall Chang Hsueh-liangs genehmigt.

Hankau, 10. August (Ch.Pr.) Eine höhere Behörde hier hat Mitteilung aus Nanking erhalten, dass das Abschiedsgesuch des Marschalls Chang Hsueh-liang genehmigt sei. Die Heeresangelegenheit in Nordchina wird dem Heresausschuss in Peking zur Erledigung gegeben. Das Friedenserhaltungsamt in Peking soll in Kürze aufgelöst werden. Chiang Kai-shek wird nicht nach Peking kommen; es wird wahrscheinlich ein Mitglied der Zentralpartei zur Ordnung der Angelegenheiten dorthin entsandt werden.

Heute begab sich Chiang Kai-shek nachmittags um 5 Uhr mit seinem Flugzeuge nach Kuling, wo er Wang Ching-wei und T. V. Soong erwartete. Überlastet mit den Militärangelegenheiten konnte er nicht persönlich nach Schanghai kommen, um mit Wang zu sprechen. Daher bat er diesen gestern mit ihm in Hankau zusammenzutreffen. Wang Ching-wei sandte seinen persönlichen Vertreter mit Flugzeug nach Hankau. Er selbst jedoch bleibt im Hospital in Schanghai.

T.V. Soong wird, wie es heisst, am 11. oder 12. August nach Nanking zurückkehren und sich von dort nach Hankau oder Kuling begeben. Die Commercial Daily News sagt in ihrem Leitartikel, dass die endgültige Entscheidung über die Politik bei dem kommenden Zusammentreffen von Chiang Kai-shek, T.V. Soong und Wang Ching-wei erfolgen wird.

Der Südwesten nimmt gegen Chang Hsueh-liang Stellung.

Hongkong, 10. August (Ch. Pr.) Gestern hat der Politische Rat des Südwestens Folgendes beschlossen:

1. Im Namen der Parteimitglieder in Kanton wird die Zentralregierung ersucht den Marschall Chang Hsueh-liang von allen seinen Aemtern zu entbinden und einen anderen hohen Beamten zur Uebernahme des Kommandos über die Truppen in Peking und Tientsin zu entsenden.

2. Marschall Chang Hsueh-liang soll klar gemacht werden, dass der Südwesten sich gegen ihn stellt. Er soll veranlaßt werden, seine Fehler zu bekennen und sein Amt aufzugeben, damit dem chinesischen Volke Sühne geschieht. Wang Ching-wei jedoch, hinter den sich der Politische Rat im Südwesten stellt, soll veranlaßt werden, sein Amt weiterzubehalten.

Was Sun Fo von der neuen Ordnung erwartet.

Hongkong, 10. August (Ch. Fr.) In der Unterhaltung, die Sun Fo gestern mit der Presse hatte, sagte er, dass er verstehen könne, dass Wang Ching-wei vor der Unmöglichkeit politisch wirklich wirksam zu sein, sein Amt aufgabe. Er hoffe dass nach dem Rücktritt von Chang Hsueh-liang eine Ordnung im Norden kommen werde. Die politische Macht müsse vom Volke ausgehen, damit eine wirkliche Demokratie errichtet werde. Betreffs der Aussenpolitik meinte Sun Fo, dass China die Beziehungen mit Russland wieder aufnehmen solle, ohne auf der vorhergehenden Abschliessung eines Nichtangriffspaktes zu bestehen. Die Kuomintang habe in der Vergangenheit hauptsächlich zwei Fehler gemacht: Sie habe den Tatsachen nicht Rechnung getragen, sondern sich von vorgefassten Meinungen leiten lassen. Ferner habe die Partei nichts gegen den tief eingewurzelt Uebelstand der militaristischen Teilung Chinas getan. So hätte sie natürlich nicht vorankommen können.